

# Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1

## Vor der Preußen-Entscheidung

„Legal“ Hitlersieg oder Auftakt zur proletarischen einheitlichen Klassenfront

### Kurze Landtagseröffnung Heute Wahl des Präsidiums!

Berlin, 24. Mai 1932.

Die Eröffnungssitzung des neuen preußischen Landtags verlief trotz des Theaterdommers den vor allem die Nazis veranstalteten, ohne besondere Zwischenfälle; programmgemäß.

Bei dem außerordentlich starken Andrang, wurde die Kartenkontrolle streng gehandhabt. Trotzdem waren die Publikumstribünen gleich nach ihrer im 14 Uhr erfolgten Öffnung überfüllt. Während die Abgeordneten der übrigen Parteien allmählich in den Saal strömten, vollzog die Nazifraktion erst beim dritten Klingelzeichen unter Führung ihres Fraktionsvorsitzenden Abg. Kube einen theatralischen Einzug.

Die Regierungsbank bleibt leer.

Um 15 1/2 Uhr betritt der Alterspräsident der Nazi-General Litzmann, auf dem Stock gestützt, unter dem Heilgebrüll der Nazis den Saal. Von den Kommunisten wird er mit stürmischen Niederrufen empfangen. General Litzmann eröffnete die Sitzung und übernimmt das Präsidium, nachdem sich ergeben hat, daß er der älteste Abgeordnete des Hauses ist.

Den Opfern des Grubenunglücks auf der Zeche Dorstfeld wurde ein Nachruf gehalten, den die Abgeordneten stehend anhörten. Der Alterspräsident gab dem Hause dann Kenntnis von der Rücktrittserklärung des Staatsministers.

Die Deutschnationalen und Kommunisten brachten darauf Mißtrauensanträge gegen das geschäftsführende Staatsministerium ein. Gegen das Verlangen der Deutschnationalen, ihren Mißtrauensantrag bereits in der Mittwochssitzung zu behandeln, erhoben die Sozialdemokraten Widerspruch. Nachdem noch der Ältestenrat eingesetzt worden war, vertagte sich das Haus entsprechend einem Vorschlag des Alterspräsidenten auf Mittwoch, 13 Uhr, um dann in erster Linie die Wahl des Präsidiums vorzunehmen. Außerdem stehen auf der Tagesordnung die Bestätigung des ständigen Ausschusses und die Beratung der Naziagitationsanträge.

Auf Vorschlag der kommunistischen Fraktion wurde noch ein kommunistischer Antrag auf die Tagesordnung der Mittwochssitzung gesetzt, der die Aufhebung aller durch Notverordnung angeordneten Kürzungen der Wohlfahrtsbezüge fordert. Die Eröffnungssitzung dauerte nur etwa 1 1/2 Stunden. Sie wurde wiederholt durch Lärmereien unterbrochen.

\*

Mit außergewöhnlich starkem Interesse blickt die Öffentlichkeit und auch die ganze Arbeiterklasse auf die Vorgänge im neueröffneten preußischen Landtag. Aber der Parlamentarismus ist doch tot? Seit Jahren wird in Deutschland und auch in Preußen nicht nach den Beschlüssen der Parlamente, sondern mit Notverordnungs-Diktatur nach Artikel 48

regiert. Was ist die Ursache für dieses starke Interesse an der Tagung des neuen preußischen Landtags und wie ist der Widerspruch zwischen der „Bedeutungslosigkeit“ des Parlaments und diesem großen Interesse zu erklären?

Es ist die — auch von jedem politisch denkenden Proletarier erkannte — Tatsache, daß nicht die vom preußischen Landtag zu schaffenden Gesetze oder Abstimmungen über diesen oder jenen Antrag wichtig sind, sondern daß hier die Spitzen der außerparlamentarischen Klassenkräfte im Moment aufeinanderstoßen, weithin sichtbar sich messen. Jeder sieht und fühlt, daß hier in den nächsten Tagen nicht nur für Preußen, sondern fürs ganze Reich weittragende Entscheidungen für die zukünftige Regierungsmethode und damit auch für die Formen des entscheidenden außerparlamentarischen Klassenkampfes für die nächste Zukunft fallen.

Es geht darum, ob hier dem Hitlerfaschismus der entscheidende Durchbruch zur Übernahme der Regierungsmacht gelingt und damit die nächste Voraussetzung für die Errichtung der reinen faschistischen Diktatur im ganzen Reich.

Gewiß ist die Stärke und Konstellation der einzelnen Landtagsfraktionen nur der Ausdruck der außerparlamentarischen Klassenkräfte, deren Schwergewicht heute weniger denn je im Parlament liegt. Aber die Geschichte aller Revolutionen im Zeitalter des Kapitalismus beweist, daß bestimmte Entscheidungen eines Parlaments im kritischen Augenblick die Richtung und den Charakter des außerparlamentarischen Klassenkampfes entscheidend beeinflussen. Dieser kritische Moment liegt jetzt im Preußenparlament vor.

Besondere Umstände haben es mit sich gebracht, daß der antiparlamentarischen Partei, der KPD, hier die entscheidende Rolle zugefallen ist. Sie bildet zwischen den beiden Gruppen, den Faschisten einerseits und den bisherigen Regierungsparteien (SPD, Zentrum und Demokraten) andererseits, das „Zünglein an der Waage“. Da die Faschisten allein stärker sind, als die bisherigen Regierungsparteien, so bedeutet schon eine Stimmenthaltung der KPD einen Mehrheitsvorteil der Nazis. Und von der KPD hängt es zum mindesten ab, ob die Hitlerpartei schon heute „legal“ — oder vielleicht erst später — die Regierungsmacht übernehmen kann. Kann die Hitlerpartei, infolge der Abstimmung der KPD das heute schon, dann wird der KPD von der SPD leicht die Verantwortung aufzubürden sein, daß sie schuld ist an der Hitlerregierung.

So steht die Situation. Die KPD-Führung erkennt und fühlt auch, welch ungeheure Verantwortung auf ihr lastet. Das zeigen die verschiedenen Artikel in der „Roten Fahne“, und ganz besonders der gestrige

KPD-Aufruf

Doch die KPD-Führung mißachtet in den Artikeln, wie in ihrem Aufruf den alten und für eine klare Klassenführung unerläßlichen Grundsatz: Aussprechen was ist. Statt klar zu

sagen, was sie will und tut, schleicht sie mit deutungsfähigen Phrasen wie die Katze um den heißen Brei.

Der Aufruf stellt in einem Teil der Formulierungen einen Rückfall in die unsinnigsten Theorien vom „Sozialfaschismus“ dar. Andererseits „weiß die KPD sehr wohl die Unterschiede zwischen der Sozialdemokratie und der Hitlerpartei, besonders in ihrer sozialen Zusammensetzung einzuschätzen“. Und dann:

„Die KPD wird in schärfstem Maße den Kampf der Massen gegen den Hitlerfaschismus organisieren, weil er in noch brutalerer Weise und in noch schnellerem Tempo die faschistische Diktatur in Deutschland verwirklichen will.“

Gut, aber was macht die KPD jetzt im Landtag? Der einzig klare Satz darüber lautet:

„Die KPD wird deshalb bei den Präsidiumswahlen im Preußischen Landtag ihre eigenen Kandidaten aufstellen und für sie stimmen.“

In diesem Augenblick, in jedem Falle und auch bei der Stichwahl die eigenen KPD-Kandidaten aufrechtzuerhalten,

bedeutet die Wahl eines Nazipräsidiums mit indirekter Hilfe der KPD

Das ist die Tatsache. Darüber können alle Phrasen nicht hinweghelfen. Schlägt die KPD auch bei der Abstimmung über die Geschäftsordnung in bezug auf die Wahl der Regierung und bei der Regierungswahl selbst dieselbe Taktik ein, dann wird, ebenfalls mit ihrer indirekten Hilfe, eine preußische Hitler-Regierung gewählt, was zweifellos sofortige Aus-

wirkung auch die faschistische Umbildung der Reichsregierung zur Folge hätte.

Was das bedeutet, braucht hier nicht näher erläutert zu werden. Und es zeigt die hohle Phrasologie des KPD-Aufrufes, wie er angesichts dieser Situation die Entscheidung im preußischen Landtag als weniger wichtig hinzustellen versucht mit der im allgemeinen richtigen Bemerkung, daß dieser Kampf nicht im Parlament entschieden wird.

Die wichtigste Entscheidung im Preußenparlament ist die, wie und in welcher Form durch Abstimmungen der außerparlamentarische Kampf, die Herstellung oder Verhinderung einer proletarischen Einheitsfront zum einzig wirkungsvollen Kampf gegen Faschismus beinflusst wird.

Von diesem Bestreben geleitet, müßte die KPD mit ganz bestimmten Mindestforderungen an die SPD herantreten, um sie so auch bei den Abstimmungen zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Faschisten auf einer auch für draußen gültigen Kampfplattform zu zwingen, oder, im Falle der Ablehnung durch die SPD, ihr die Verantwortung für den Sieg der Nazis aufzubürden.

In dem einen wie anderen Falle wäre das die wirkungsvollste Vorbereitung für die

Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse im außerparlamentarischen Kampf

für den Kampfblock aller Arbeiterorganisationen

Darauf, und vor allem darauf, kommt es an.

### „Für Schleicher und Hitler bereit“

Die Aussichten der Regierung Brüning verschlechtern sich von Tag zu Tag. Im Auswärtigen Ausschuss wiederholte Herr Brüning, der Unentbehrliche der nationalen Einheitsfront, gestern noch einmal seine 4. August-Linie zu den Lausanner Verhandlungen und zu den Tributen. Die Ausführungen bleiben geheim. Im Haushaltsausschuss wurden die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen noch einmal mit einer Einstimmigkeit von 18 gegen 17 Stimmen, unter denen sich auch die bisherige Regierungsstütze, die Deutsche Volkspartei-Vertretung, befand, abgelehnt, — aber es geht zu Ende!

Der Staatssekretär Meißner hat sich zu Hindenburg nach Neudeck begeben, und aus dem Ton, in dem nationalsozialistische Presseangriffe schon sehr siegeszuversichtlich gegen Brüning hageln, ist zu entnehmen, daß ein neuer Vorstoß der Schleicherkammarilla offenbar die Tage Brünnings gezählt erscheinen lassen.

In der englischen Presse wird beispielsweise in der „Daily Mail“ unter der fettgedruckten Überschrift „Die deutsche Verfassung in schwerer Gefahr“ geäußert, daß eine Diktatur in Deutschland bevorstehe, die Lösung der gegenwärtigen Krise werde mög-

licherweise ein Dreimännerrat sein. Dann könne der preußische Landtag und der Reichstag über Bord gehen. Schleicher und Hitler würden den Apparat für eine diktatorische Regierung bereit und in fester Ordnung finden.

### Nach Waltershausen — Planitz!

Als im Planitzer Wohlfahrtsamt die Auszahlung der Wohlfahrtsverwehlosen-Unterstützungen stattfinden sollte, verweigerten die Arbeiter die Annahme der gekürzten Unterstützungen und verhinderten auch die Auszahlung an andere Unterstützungsempfänger. Etwa 500 Personen hielten den Raum besetzt. Die Erbitterung machte sich in Ansprachen Luft. Das Eingreifen des Bürgermeisters half nichts. Die Polizei räumte dann das Wohlfahrtsamt mit dem Gummiknüppel! Später bildeten sich auf der Straße Ansammlungen. Als das Ueberfallkommando abermals eingesetzt wurde, flüchteten die Erwerbslosen, sammelten sich aber dann nochmals auf dem Marktplatz und in den angrenzenden Straßen. Die Polizei schoß in die Menge. Mehrere Arbeiter wurden verhaftet.









